

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
24.02.2015, 14:00 bis 16:00 Uhr*

Vorsitz: Marianne **Schulze**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Marianne **Schulze**
Erich **Schmid**
Christina **Wurzinger**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Gunther **Trübswasser**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena **Kern**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula **Naue**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Johanna **Mang**
Wolfgang **Nowak**
Eva-Elisabeth **Szymanski**
Florian **Wibmer**

Büro: Waltraud **Palank-Ennsmann**
Wolfgang **Iser**

GebärdensprachdolmetscherInnen:

Elke **Schaumberger**
Sabine **Zeller**

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor Tagesordnung, Entwurf des Protokolls der letzten Sitzung, Entwurf der Stellungnahme zu Partizipation sowie Punktationen zu De-Institutionalisierung und zum Bericht an den Bundesbehindertenbeirat.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der Sitzung vom 19. Jänner 2015 wird beschlossen.

3. Stellungnahme Partizipation

Der vorliegende Entwurf wird diskutiert. Als Anregungen werden besprochen die Wichtigkeit der Wahrnehmung des passiven Wahlrechts, die Repräsentanz aller Gruppen von Menschen mit Behinderungen sowie die Schaffung funktionierender Strukturen des Rechtsschutzes auch in Einrichtungen der so genannten Beschäftigungstherapie. Die Vorsitzende wird die Änderungen einarbeiten.

4. Nächste öffentliche Sitzung

a) Logistik

Das Büro berichtet über die Fortschritte betreffend das Suchen einer geeigneten Örtlichkeit. Möglicherweise wird die Sitzung nun in St. Pölten stattfinden.

b) Thema De-Institutionalisierung

Die Punktation wird diskutiert. Die Mitglieder kommen überein, dass die Begriffe „Einrichtung“, „große Institution“, „Leben hinter Mauern“ etc. noch einer Schärfung bedürften. Als Untertitel zu „De-Institutionalisierung“ wird „Selbstbestimmt Leben in der Gemeinschaft“ angedacht. Ein wichtiger Aspekt ist auch Managen des Übergangs betreffend Menschen, die ihr ganzes bisheriges Leben in Einrichtungen verbracht haben, das Diskussionspapier soll aber nicht die Stellungnahme vorwegnehmen und vor allem SelbstvertreterInnen anregen, von deren Erfahrungen zu berichten. In der Stellungnahme soll dann auch der Aspekt Entwicklungszusammenarbeit enthalten sein.

Die Vorsitzende wird das Papier ergänzen, anschließend soll es umgehend in Leichte Sprache übersetzt werden.

5. Bericht an den Bundesbehindertenbeirat

Der Entwurf wird diskutiert.

6. Novelle Wirkungsfolgenabschätzung

Wegen der knappen Frist werde die Vorsitzende im Wesentlichen auf die Stellungnahme zur Stammfassung verweisen.

7. Künftige Themenschwerpunkte

Andiskutiert werden die Themen Stärkung der Selbstvertretung/Gründung von Vereinen, Bewusstseinsbildung sowie Eltern-/Angehörigenberatung. Die Vorsitzende und Frau Wurzinger werden zu letzterem Thema eine Punktation machen.

8. Termine

Die nächste Sitzung findet am **24.03.2015** von **14:00** bis 16:00 Uhr im **Saal IV** des BMASK statt.

Die übernächste Sitzung ist die öffentliche Sitzung am 21. oder 28. April.

9. Allfälliges

- a) Es wird angeregt, die Newsletter in Leichter Sprache zu verfassen.
- b) Die Vorsitzende berichtet von einem Novellenentwurf zum Fremdenrecht, zu dem eine kurze Stellungnahme ergehen sollte, insbesondere betreffend traumatisierte Flüchtlinge. Wegen der knappen Frist werde sie in Umlauf geschickt.
- c) Die Vorsitzende berichtet, dass der Fachausschuss der UN erläuternde Bemerkungen zu Artikel 24 der Konvention (Bildung) veröffentlichen wird.
- d) Die Vorsitzende berichtet von der Twitter-Kampagne zum Maßnahmenvollzug, der zu 40 000 Zugriffen geführt habe. Sie werde einige SelbstvertreterInnen, die ihr Briefe geschrieben hätten, besuchen.
- e) Am 2.3. gebe es einen Termin in der Zivilrechtssektion des BMJ zum Thema Unterbringungsrecht.

- f) Die Vorsitzende berichtet von einem Termin bei Herrn Hofer (BMA SK). Er habe ihr ein Vorwegexemplar des Gutachtens der Universität Innsbruck zur Konvention ausgehändigt. Weiters seien eine auf der Grundlage einer parlamentarischen EntschlieÙung geplante Studie zu Gewalt in Einrichtungen sowie die Wichtigkeit der Stärkung Sozialer Arbeit diskutiert worden.

Marianne Schulze (Vorsitzende)

Johanna Mang (Schriftführerin)